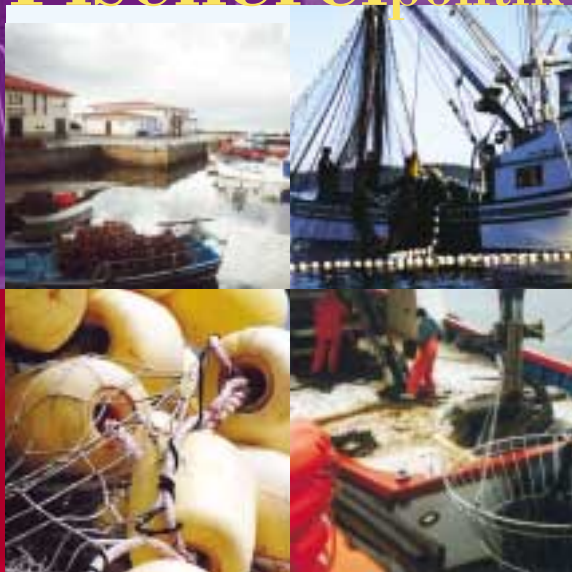


Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik



Seminar der SPE-Fraktion



Wir bedanken uns für die Mitarbeit von :

*Eduardo CHAGAS, Geschäftsführer der Fischereigewerkschaft, ETF - Europäische Transportarbeiter-Föderation
Clare COFFEY, Research Fellow, Europäisches Institut für Umweltstudien, Grossbritannien
Carmen GALLEGO, Gründerin von AGAMAR (Muschelfischerinnen Vereinigung), Spanien
Lothar FISCHER, Geschäftsführer des Deutschen Fischerei-Verbandes*

Einleitung von Enrique Barón Crespo **Vorsitzender der SPE-Fraktion**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr alle wisst, befinden wir uns inmitten eines Überprüfungsprozesses der Gemeinsamen Fischereipolitik, der ein schwieriger, komplexer, aber nicht unerwarteter Prozess ist – schließlich steht der Termin dieser Überprüfung seit langem fest.

Wir wussten ja schon, dass wir uns mit der Reform einer 20 Jahre alten Politik auseinandersetzen würden und welche enorme Herausforderung dies bedeutet. Wir wussten aber auch, wie schwierig es ist, den Status quo zu verändern, der – so sehr er den einen genehm ist – vielen anderen missfällt und der, was noch wichtiger ist, uns nicht geholfen hat, die Meeresressourcen und die Beschäftigung in diesem für das Leben der von der Fischerei abhängigen Gemeinschaften so wichtigen Wirtschaftssektor zu bewahren.

Seit den ersten Schritten des Grünbuchs der Kommission und insbesondere durch den wichtigen Beitrag, den der Bericht unserer Genossin Rosa Miguélez darstellt, kann der Dialog unserer Fraktionsmitglieder mit dem gesamten Sektor nicht mehr geleugnet werden. Bei vielen Gelegenheiten haben wir uns jenen zugewandt, die am meisten von dieser Politik betroffen sind, und folglich auch dieser Reform, die uns jetzt von der Kommission angeboten wird.

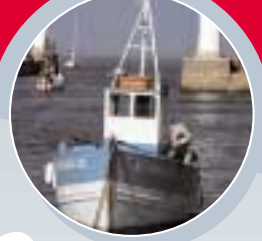
Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Mitglieder im Fischereiausschuss, dass es bei uns einen höheren Grad an Konsens bezüglich der GFP als in anderen Fraktionen gibt, und dies muss im Reformprozess der GFP weiter verstärkt werden, damit unsere Fraktion einen klaren Standpunkt zugunsten des gemeinschaftlichen Fischereisektors und zugunsten einer nachhaltigen Fischerei einnimmt.

Die bei der Vorlage von Legislativvorschlägen seitens der Kommission bekannten Verzögerungen haben dazu geführt, dass wir uns heute der schwierigen Aufgabe nicht nur der Beschlussfassung, sondern einer guten und schnellen Beschlussfassung gegenübersehen!

Um uns diese Lage deutlicher vor Augen zu führen, haben wir beschlossen, ein Seminar und dieses Blatt den Themen der Reform zu widmen, damit wir uns in einer ehrlichen Aussprache und einem ehrlichen Meinungsaustausch im Hinblick auf die Festlegung unseres Fraktionsstandpunkts, den wir für die Abstimmung über die Berichte zur Reform im Parlament bald werden einnehmen müssen, noch mehr Klarheit verschaffen.



*“Effektive und einheitliche
sind wesentlich für*



Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik Seminar der PES-Fraktion

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL

Die soziale Perspektive

Die SPE-Fraktions-Analyse der derzeitigen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik konzentriert sich auf die sozialen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen und die Möglichkeiten, die negativen Folgen für die Fischer zu minimieren, falls die vorgeschlagenen Maßnahmen angenommen werden.

Die SPE-Fraktion stimmte mit der Diagnose der Lage im EU-Fischereisektor, wie sie im Grünbuch der Kommission wiedergegeben wurde, und insbesondere mit dem überein, was im Zusammenhang mit der Überkapazität der EU-Flotte gesagt wurde. Tatsächlich muss klar sein, dass eine nachhaltige Fischerei nicht möglich ist, wenn die Flottenkapazität, aber vor allem der Fischereiaufwand auf ihrem jetzigen Niveau gehalten werden.

Allerdings weigern wir uns, dieses Problem nur unter wirtschaftlichen oder ökologischen Aspekten anzugehen. Die Fischerei für die davon abhängigen Gemeinschaften viel mehr als ihr Anteil am Inlandsprodukt der betroffenen Länder bedeutet. Die Fischerei kann nicht als ein weiterer Sektor, den wir neu zu strukturieren haben, angesehen werden. Er besteht überwiegend aus kleinen Fischern, deren Arbeit im Allgemeinen umweltfreundlich ist. Er ist der Knotenpunkt, um den herum eine Reihe von Gemeinschaften interagieren und der eine bedeutende Rolle beim sozialen Zusammenhalt, bei der Gebietsbewirtschaftung und eine ganz besondere Bedeutung für die äußersten Randgebiete hat.

Tatsächlich wählt die Kommission eine falsche Methode, wenn sie sich mit der niedrigen Rentabilität des Sektors auseinandersetzt und zu dem Schluss kommt, die Lösung bestehe in einer drastischen zahlenmäßigen Reduzierung der Schiffe und Fischer und darin, die Schiffe effizienter zu machen. Es muss daran erinnert werden, dass gemäß den Zahlen der Kommission im Zeitraum von 1990 bis 1998 66.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, was 22% der Arbeitskräfte ausmacht. Es ist zudem die Schwierigkeit bekannt, neue Arbeitskräfte für den Sektor zu gewinnen. Die im Grünbuch der Kommission vorgenommene Bewertung der Auswirkungen der Hilfen an den Sektor, um die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, sollte überprüft werden, da diese Mittel hauptsächlich den Arbeitgebern zugute kam und kaum oder überhaupt keine Verbesserungen für die Fischer mit sich brachten.

Die SPE-Fraktion ist der Ansicht, dass keine weiteren Schritte unternommen werden sollten, bevor nicht eine gewissenhafte Prüfung der sozialen Folgen der in den verschiedenen von der Kommission angenommenen Vorschlägen enthaltenen Maßnahmen vorgenommen wird.

Kontrollstandards und deren Durchsetzung die Zukunft der GFP” Gordon Adam



Die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen sollten dann gleichzeitig angenommen werden. Die Einladung der Sozialpartner, der Arbeitskräfte und der Arbeitgeber zu einer gemeinsamen Erörterung der Auswirkungen und der geeigneten Maßnahmen im Rahmen der GFP-Reform wird zur Kenntnis genommen. Allerdings kann dies nicht die Kommission aus ihrer Verantwortlichkeit entlassen, die notwendigen Maßnahmen zur Minimierung der sozio-ökonomischen Folgen dieser Reform sicherzustellen. Im Ausschuss für den sektoralen Dialog gelang es ETF und Europêche, eine Einigung über die Einfügung einer **Sozialklausel** in die Fischereiabkommen mit Drittländern zu erzielen, die auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Staatsangehörigen der Drittländer auf EU-Schiffen beiträgt und damit den Trend zu schlechteren Arbeitsbedingungen der EU-Fischer umkehrt. Nichtsdestoweniger war es im Ausschuss für den sektoralen Dialog immer schwierig, gemeinsame Standpunkte zu finden, und daher muss die Kommission auch in diesem Prozess eine führende Rolle übernehmen.

Wir stellen die Unumkehrbarkeit einiger von der Kommission vorgeschlagener Maßnahmen zur Aufwandreduzierung in Frage. Obwohl die Kommission sagt, es sei zu diesem Zeitpunkt unmöglich, die sozialen Auswirkungen der vorgeschlagenen Aufwandreduzierung zu beziffern, meinen wir, dass die als hypothetische Grundlage verwendeten Zahlen bedeutend niedriger sind als die realen, wenn wir bedenken, dass es für jeden Arbeitsplatz an Bord drei oder vier Arbeitsplätze an der Küste gibt.



Die SPE-Fraktion glaubt auch, dass nur sehr wenige Fischer in der Lage sein werden, einer Arbeitsplatzumstellung zuzustimmen. Wir sind der Auffassung, dass dies nur möglich sein wird, wenn mehr Mittel zur Minderung der Abhängigkeit von Gebieten bereitgestellt werden, die von hohem Fischereiaufwand abhängen, und auf diese Weise die Schaffung neuer und alternativer Arbeitsplätze gefördert wird. Allerdings muss es parallel dazu Hilfen für die Arbeitskräfte geben, die in ihrem Beruf bleiben werden, insbesondere für Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, eine angemessene soziale Absicherung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord. Die Ratifizierung des STCW-F-Übereinkommens und des Torremolinos-Protokolls durch alle Mitgliedstaaten wäre ein Beitrag zu einer angemessenen Eigenkapitalausstattung und die Grundlage für gemeinsame Sicherheitsnormen.

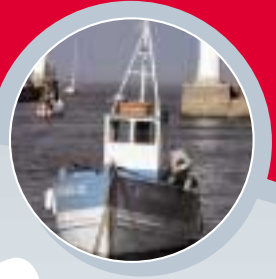
Wir fordern auch die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung für Fischer in allen Mitgliedstaaten und würde zur finanziellen Unterstützung für den freiwilligen Rückzug aus dem Beruf.

Weitere Aspekte der Reform beziehen sich auf Versuche der Kommission zur Einführung der Marktbestimmungen in den Sektor. Dies hätte tiefgreifende Auswirkungen auf die Fangrechte und -möglichkeiten und würde zur Privatisierung der Meeresressourcen führen, was die SPE-Fraktion energisch ablehnt.



“Die GFP-Reform soll die Stärkung der

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



Die Fischverarbeitungsindustrie

Die EU-Kommission hat am 28. Mai 2002 Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU vorgelegt. Diese Vorschläge sehen zum Teil grundlegende Veränderungen der gegenwärtigen EU-Fischereipolitik vor.

Die Sozialdemokraten begrüßen den Ansatz der Kommission, der sich um eine nachhaltige und verantwortungsvolle Bewirtschaftung der Fischbestände bemüht.

Die Fischerei kann nur überleben, wenn Bestände erhalten bleiben und nur teilweise befischt werden. Die entsprechenden Bewirtschaftungspläne müssen auf der Grundlage einer sorgfältigen wissenschaftlichen Analyse der Bestände erstellt werden. Die Vorschläge der Kommission werfen allerdings einige Fragen auf.

Die Kommission schlägt mehrjährige Bewirtschaftungspläne vor, obwohl Wissenschaftler im Bereich Fischerei bislang nicht in der Lage gewesen sind, die Entwicklung einzelner Fischbestände für mehrere Jahre vorherzusagen, geschweige denn Modelle zu entwickeln, die mehrere Arten gleichzeitig berücksichtigen, was sehr wichtig wäre.

Aus diesem Grund muss die Forschung im Bereich Fischerei stärker vorangetrieben werden, damit sie eine geeignete Grundlage für diese Art von Bewirtschaftungssystemen liefern kann.

Finanzielle Mittel werden erforderlich sein. Um die Forschung zu unterstützen, führte Europêche eine Umfrage zur Nordsee durch, bei der die Fischer gebeten wurden, ihre Beobachtungen zur Häufigkeit der Bestände, der Größenverteilung, den Rückwürfen etc. aufzuzeichnen, damit

Wissenschaftler diese Daten mit ihren eigenen Forschungsergebnissen vergleichen können.

Es liegt im Interesse des Fischereisektors selbst, über möglichst genaue Daten zu verfügen. Ohne fundierte wissenschaftliche Grundlage ist es unmöglich, den in die richtige Richtung weisenden Ansatz der mehrjährigen und mehrere Fischarten umfassenden Bewirtschaftungspläne in die Praxis umzusetzen.

Was die Bewirtschaftungspläne betrifft:

Die Kommission beabsichtigt in ihrem Vorschlag, neben dem bereits bestehenden System der TAC, Fangquoten und technischen Maßnahmen ein System zur Beschränkung des Fischereiaufwands einzuführen.

Die Sozialdemokraten halten ein System zur Beschränkung des Fischereiaufwands für kontraproduktiv, das Fischer von ihrer Arbeit abhält. Seit 1995 existiert bereits ein System zur Beschränkung des Fischereiaufwands für die westlichen Gewässer. Bis heute hat dieses System nicht funktioniert. Die Kommission hat einen Vorschlag für eine Regulierung des Fischereiaufwands für die Kabeljaufischerei in der Nordsee vorgelegt. Sie zielt darauf ab, so genannte „Kw-Tage“ einzuführen, was bedeutet, dass pro Jahr nur eine bestimmte Menge an Kilowattstunden verbraucht werden darf.

Dies würde bedeuten, dass sich die Fischerei auf

Rolle der Frauen im Fischereisektor vorsehen.” *Carlos Lage*



wenige Tage im Jahr konzentrieren müsste, an denen gute Fänge zu erwarten und die Wetterbedingungen günstig sind. Daraus würde sich ergeben, dass alle betroffenen Fischer den Hafen zur gleichen Zeit verlassen und entsprechend zur gleichen Zeit mit ihren gesamten Fängen zurückkehren würden, nachdem sie die wenigen verfügbaren Fischereitage umfassend genutzt hätten.

Unser Ansicht nach führt dies zu einer Überversorgung des Marktes innerhalb eines kurzen Zeitraums, wodurch für hochwertigen Fisch Interventionsmaßnahmen ergriffen würden, während an den übrigen Tagen praktisch kein hochwertiger Fisch auf dem Markt angeboten würde.

Die SPE-Fraktion bedauert, dass die gesamte Reform der Fischereipolitik dem Markt in keiner Weise Rechnung trägt.

Gemäß der EU-Marktorganisation für Fischereierzeugnisse müssen Erzeugerorganisationen Fang- und Vermarktungsprogramme erstellen, die dann hinfällig würden. Die Erzeugerorganisationen sind weit besser in der Lage, den Einsatz ihrer Schiffe zu planen, als die Kommission es mit Hilfe eines Systems zur Beschränkung des Fischereiaufwands ist. Wir sind der Meinung, dass eine derartige Vorgehensweise kurzfristig ist. Aus diesem Grunde sind wir dagegen.

Es gilt festzuhalten, dass die vorgelegten Vorschläge nicht eine Reform der EU-Fischereipolitik darstellen, sondern nur bestimmte Management-Methoden für die Fischerei- und Strukturpolitik enthalten. Den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Markt und auf die Fischverarbeitungsindustrie wurde überhaupt

nicht Rechnung getragen. Das Gleiche könnte man über die Konsequenzen für die Infrastruktur der Fischereihäfen und, nicht zuletzt, für die Beschäftigungslage in der gesamten Fischwirtschaft sagen; eine Evaluierung der Auswirkungen ist nicht vorgenommen worden.

Wir halten andere Maßnahmen für nützlicher, z.B. die Einführung von „Realtime-Zugangsbeschränkungen“. Dies bedeutet, dass ein bestimmtes Gebiet, wenn in ihm eine hohe Konzentration von Jungfischen festgestellt wird, kurzfristig für jegliche Fischerei gesperrt wird, und es, sobald diese Konzentration von Jungfischen nachlässt, sofort wieder geöffnet wird. Diese Maßnahme könnte wesentlich dazu beitragen, die Rückwürfe zu verringern und vielen Fischbeständen eine Erholung zu erlauben. Dieses Instrument ist in dem Vorschlag der Kommission vorgesehen, sollte aber verstärkt werden.

Wir begrüßen ferner, dass die Kommission in ihrem Vorschlag den Zugang zu der 12-Seemeilen-Zone auch weiterhin den Fischereifahrzeugen des Küstenstaates vorbehält. Dies stellt einen gewissen Schutz für die lokale Küstenfischerei dar und sollte daher nicht aufgegeben werden.

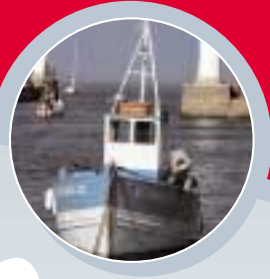
Das Fischen von Fischarten, die keinen Fangquoten unterworfen sind, sollte in diesen Gebieten nicht gestattet sein, da es unweigerlich auch zu Beifängen von Arten kommen wird, die Fangquoten unterliegen, und dies zu illegaler Fischerei und/oder einer substanziellen Erhöhung der Rückwurfquoten führen wird.

Wir halten das System der Gesamtfangmengen (TAC) und Fangquoten, die auf einer wissenschaftlichen Grundlage festgelegt werden, für recht



“Die Sicherheit der Hochseefischer wird Die öffentlichen Gelder für deren Bau

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



Die Fischverarbeitungsindustrie

vernünftig. Allerdings setzt dieses System einheitliche Kontrollen und eine einheitliche Umsetzung in allen Mitgliedsstaaten voraus. Daher unterstützen wir die Vorschläge der Kommission zur Überwachung und Kontrolle der Politik. Die Kontrolle durch die Gemeinschaft sollte weiter entwickelt werden.

Wenn die Kommission zu dem Schluss kommt, dass Teile der Fischereiflotte in bestimmten Gebieten langfristig gesehen zu groß für die vorhandenen Bestände sind, sollte sie versuchen, die Kapazitäten dieser Fischereifahrzeuge durch **hohe Abwrackbeihilfen** zu erwerben. Diese Maßnahmen müssten jedoch von sozioökonomischen Maßnahmen für die Besatzung und die Schiffseigner begleitet werden. **Die sozioökonomischen Maßnahmen, die die Kommission bislang vorgeschlagen hat, sind völlig unzureichend.** Wir erwarten Vorschläge dazu, wie berufliche Alternativen in den Häfen geschaffen werden können.

Es ist nicht möglich, die Fischerei innerhalb eines kurzen Zeitraums zu verringern, ohne dass gravierende Folgen für die von der Fischerei abhängigen Bereiche, wie den Fischhandel, die Fischverarbeitungsindustrie, die gesamte Schiffbau- und Rüstungsindustrie, entstehen.



Zu den Vorschlägen der Kommission zur Flottenstruktur sind folgende Anmerkungen zu machen:

Die sofortige Abschaffung der Gewährung von öffentlichen Beihilfen für den Bau neuer Fischereifahrzeuge und die starke Beschränkung der öffentlichen Beihilfen für die Modernisierung der Fischereifahrzeuge sind abzulehnen. Wenn diese Beihilfemechanismen abgeschafft werden müssen, sollte dies eher durch eine allmähliche Reduzierung erfolgen.

In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, dass die FIAF-Programme noch bis 2006 laufen. Aus diesem Grunde sollten Beihilfen in jedem Fall bis zum Ende der FIAF-Programme gewährt werden. Es ist nicht möglich, eine „Museumsflotte“ zu schaffen, und nichts für die Fischer und die anderen an Bord Beschäftigten zu tun, die mit den Risiken und Gefahren auf See konfrontiert sind.

Ein anderes Element, auf das in diesem Zusammenhang hingewiesen werden sollte, ist, dass das Europäische Parlament selbst eine Entschließung (Bericht Miguélez) angenommen hat, in der es – aus Sicherheitsgründen – gefordert hat, dass Fischereifahrzeuge, die älter als 20 Jahre sind, nicht mehr benutzt werden sollten.

Der Fall Deutschlands:

Die deutsche Flotte besteht aus etwa 2.300 Fischereifahrzeugen, die durchschnittlich mehr als 30 Jahre alt sind. Diese Flotte muss dringend erneuert werden. 1.800 dieser Fahrzeuge sind jedoch kleine Schiffe, die unter 12 Meter lang sind.

*„durch sichere, solide und komfortable Boote garantiert.
stellen eine Investition in das Leben dar“ Bernard Poignant*



Die Erneuerung und Modernisierung der Flotte ist ohne staatliche Unterstützung kaum möglich, da die Banken nicht bereit sind, aufgrund der schwierigen Lage in der Fischwirtschaft und den sehr häufigen Veränderungen in der Managementstruktur höhere Kredite zu vergeben. Eine Modernisierung ist nur möglich, wenn öffentliche Beihilfen auch weiterhin gewährt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es immer noch etwa 4000 Beschäftigte in der deutschen Tiefseefischereiwirtschaft.

**Die deutsche
Fischverarbeitungsindustrie:**

Die Fischverarbeitungsindustrie ist von dem Rohstoff Fisch abhängig. Eine stabile Bewirtschaftung der Fischbestände ist für sie von entscheidender Bedeutung. Außerdem benötigt sie eine gleichmäßige Versorgung und verträgt keine drastischen Preisfluktuationen.

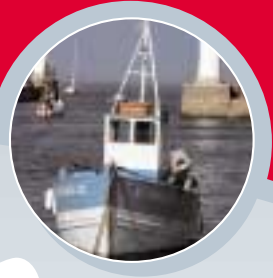
Die deutsche Fischverarbeitungsindustrie besteht aus etwa 100 Unternehmen mit mehr als 11.000 Beschäftigten. Sie erzielt einen Umsatz von ca. 2,015 Mio. Euro und produziert mehr als 420.000 Tonnen Fischerzeugnisse. Dafür benötigt sie etwa 1,8 Mio. Tonnen Fisch (gemessen in Fanggewicht pro Jahr). Etwa 35 % davon sind Weißfisch, wie Alaska-Pollack, Kabeljau und Pollack, etwa 20 % Hering, 11 % Thunfisch etc. Die Endprodukte sind etwa 28 % Tiefkühlfisch, 27 % eingelegerter Fisch und Fischkonserven, 14 % Frischfisch und andere Erzeugnisse.





“Wir müssen einen Weg finden - und wir werden Fischerei; und zwar trotz der Probleme

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



Umwelt und Fischerei

Einige Umweltfragen sind mit der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik verbunden.

Ressourcenbewirtschaftung in den Vorschlägen für die Reform der GFP

Die meisten Menschen sind sich bewusst - zunehmend in den Medien -, dass die Situation der weltweiten Fischbestände auf eine Krise zusteuert. Seit Beginn der siebziger Jahre handelt es sich hierbei um ein stets wiederholtes und immer wiederkehrendes Thema. Vielleicht hat in diesem Teil der Welt die Situation der Kabeljauvorkommen sehr deutlich gemacht, dass die Fischbestände begrenzt sind und dass wir uns bereits jetzt mit ihrem Rückgang beschäftigen müssen.

Laut FAO können wir in der Tat beobachten, dass der weltweite Fischfang bereits gegen Ende der achtziger Jahre zurückgegangen ist, und nach den Schätzungen der FAO sind Dreiviertel der weltweiten Fischvorkommen bereits erschöpft bzw. unter Nutzungsaspekten jenseits ihrer Grenzen angelangt.

Das Problem ist keinesfalls auf einen bestimmten Teil der Welt bzw. der EU beschränkt. Es wird zunehmend deutlicher, dass einige Fischbestände im Mittelmeer ebenso wie in der Nordsee und im Nordost-Atlantik mehr oder minder bedroht sind. Wir müssen dies als ein weit verbreitetes Problem betrachten, nicht alle Bestände (einige kleine pelagische Fischbestände befinden sich in einer besseren Situation). In manchen Fällen ist potenziell ein Anstieg der Nutzungsgrade zu verzeichnen.

Die tatsächlichen Probleme, zweifellos im Zusammenhang mit den hochwertigen Beständen, sind die Fischbestände am Meeresboden, und Kabeljau und Seehecht wurden in den letzten Jahren aus diesem Grunde mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Der Punkt ist, dass wir die Grenze nahezu erreicht, wenn nicht sogar bereits überschritten haben.

Die Herausforderung der Reform besteht in der Akzeptanz dieser Grenzen, und nun müssen wir darüber diskutieren, wie wir uns innerhalb dieser Grenzen bewegen, d.h. es geht um die Frage, wie eine Ausgewogenheit zwischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen hergestellt werden kann. Die Ressourcen können wir nicht schaffen bzw. fischen, wenn sie nicht vorhanden sind, und deshalb müssen wir diese Grenzen einhalten.

Von Bedeutung ist, dass es derzeit nicht viele Gewinner auf dem Fischereisektor gibt, und daher müssen alle aus den unterschiedlichsten Motiven Beteiligten gemeinsam versuchen, die Lage zu verbessern.

Es gibt - wie bereits erwähnt - einen gewissen Kompromiss, aber wir müssen akzeptieren, dass die Lage unter sozialen Aspekten nicht besonders ermutigend ist. **Die Kommission hat Zahlen vorgelegt, nach denen seit 1990 66.000 Arbeitsplätze verloren gingen**, und wir wissen, dass es sich dabei um Zahlenrohmaterial handelt und sich die Verluste je nach betrachteten Sektor unterschiedlich darstellen. In einigen Regionen gibt es mehr Wachstumsmöglichkeiten, und andere Gebiete verzeichnen möglicherweise einen größeren Jobverlust, insbesondere vielleicht in der mittelständischen Fischerei.

Die Flotten sind durch Überkapazität gekennzeichnet, und das hat wirtschaftliche Auswirkungen. Die Folgen sind sektorabhängig, aber zweifelsohne sind EU-Beihilfen erforderlich, was darauf hindeutet, dass der Sektor sich in gewisser Weise nicht selbst erneuern kann.

ihn finden - hin zu einer nachhaltigen Zukunft für die europäische und fundamentalen Meinungs-unterschiede” Giorgios Katiforis



Das kann nun verschiedene und durchaus gerechtfertigte Gründe haben, aber wirtschaftlich gesehen ist der Sektor immer noch nicht der gesundeste. Die dritte Säule in der Debatte um die nachhaltige Entwicklung ist die Umwelt. Alle diese Themen standen auf dem Johannesburg-Gipfel auf der Tagesordnung.

Es ist eine simple Erkenntnis, dass die Fischerei weiter gehende Auswirkungen bezogen auf die eigentlich wirtschaftlich nicht interessanten Fischarten, aber auch auf andere Arten, Lebensräume, den Genpool, etc. hat. Forschungsarbeiten ergaben, dass die Fischerei im Nordost-Atlantik für die Veränderung des ökologischen Zustands dieses Ozeans eine der kritischsten Fragen darstellt.

Einige werden argumentieren, dass keine der drei Säulen einen guten Zustand aufweist. Wir haben es mit einem nicht nachhaltigen Sektor zu tun. Wenn jeder dem zustimmen kann, dann können wir auch damit beginnen, auf geeignete Lösungen hinzuwirken.

Die Perspektive Schottlands:

Die ländlichen Gebiete Schottlands sind in großem Maße von der Fischerei abhängig. Je nach Region hängen nahezu 20% der Arbeitsplätze von der Fischerei ab.

Die Fischerei ist daher ein wichtiger Sektor in Schottland. Der küstennahe Bereich ist von besonderer Bedeutung. Die Schiffe hängen überwiegend von sehr begrenzten Ressourcen in Küstennähe ab, Ressourcen, die nicht nur für die Küstenregionen wichtig sind, sondern auch als Aufzuchtgebiet für den küstenfernen Bereich.

Schottland hat – wie andere Regionen auch – unter dem Arbeitsplatzverlust in der Fischereiwirtschaft gelitten. Den schottischen Daten zufolge wurden seit

1993 26% der Arbeitsplätze abgebaut. Für die Industrie selbst ist das sowohl auf die technologischen Verbesserungen und den Verlust der Arbeitsplätze pro Fangschiff als auch auf den schrumpfenden Ressourcenbestand zurückzuführen.

Allein beim Ressourcenbestand in Schottland gibt es besondere Probleme. Einige der Schlüsselbestände wie Kabeljau, Weiß- und Schellfisch, alle sehr wichtige Haupterzeugnisse für den schottischen Sektor, verzeichnen einen erheblichen Rückgang, mit signifikanten Auswirkungen und einer weit höheren Nachfrage nach der Abwrackung von Fangschiffen als die britischen Behörden finanzieren. So möchten die Betreiber de facto – insbesondere im Tiefseesektor – allein deshalb aussteigen, weil es in diesem Teilsektor keine lebensfähige Zukunft gibt.

Im für den schottischen Sektor sehr wichtigen küstennahen Bereich hat man die Grenzen sowie die Notwendigkeit eines sehr sorgfältigen Umgangs mit der Umwelt erkannt, damit eine lebensfähige Zukunft gewährleistet wird. Derzeit laufen einige interessante Initiativen.

Wir müssen mit den uns verfügbaren Ressourcen umgehen. Selbstverständlich wird dies fast unumgänglich mit Schmerzen verbunden sein, und wir müssen sicherstellen, dass diese vermieden und möglichst begrenzt werden.

Wird das GFP-Reformpaket den Herausforderungen denn gerecht?

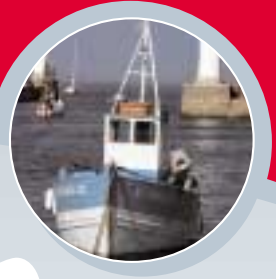
Aus unserer Sicht und in Unterstützung dessen, was zuvor geäußert wurde, bildet die Erstellung mehrjähriger Bewirtschaftungspläne einen wesentlichen Schwerpunkt der Reformvorschläge.

Geplant ist die Erarbeitung eines Maßnahmenpakets, das auf spezielle Fischgründe bzw. -bestände, in



“Die Vorschläge der Europäischen der Fischerei in

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



Umwelt und Fischerei

einigen Fällen vielleicht sogar Gebiete, ausgerichtet ist. Angesichts der Tatsache, dass in einigen Fällen die Überkapazität eine wichtigere Frage darstellt als in anderen, ist dabei unbedingt auf eine größere Stabilität des Fischereiaufwands zu legen, damit gewährleistet ist, dass solche Fangquoten nicht zu hart sind. Durch die Konzentration auf die Bewirtschaftungspläne können wir uns von den traditionellen Dezember-Verhandlungen fortbewegen und versuchen zu sagen, dies ist unser verfügbarer Ressourcenbestand mit den dort derzeit betriebenen Flotten, und uns um die Entwicklung eines Pakets bemühen, so dass langfristig, wenn wir z.B. die Arbeitsplätze in diesem Sektor maximieren wollen, die Mitgliedstaaten entscheiden müssen, dass sie dies beabsichtigen.

Dadurch können wir wirklich nach vorn schauen und sagen, was wir langfristig möchten, anstatt sich den Sektor von Jahr zu Jahr weiter in der bisherigen Form entwickeln zu lassen, verbunden mit Arbeitsplatzabbau und nicht notwendigerweise einem Höchstmaß an Beschäftigung.

Die mehrjährigen Bewirtschaftungspläne sind tatsächlich ein großer Schritt nach vorn, wenn sie eingesetzt werden können. Es bestehen einige Schwierigkeiten. Eine davon ist die Frage, wer die Pläne durchführt, und es gibt parlamentsinterne Besorgnisse über den Grad der Einbeziehung in die Bewirtschaftungsausschüsse, die in der von Jahr zu Jahr erfolgenden Durchführung dieser Pläne vorgesehen sind.

Es ist wichtig, einige der Aussprachen in den Dezember-Räten abzumildern, die der Industrie bzw. den Ressourcen eben nicht sehr zuträglich waren.

Zwei weitere Punkte, die es als positiv zu unterstreichen gilt, sind:

- 1. Der regionale Ansatz – Einrichtung von regionalen Beratungsgremien bei einigen beratenden

Ausschüssen (wie der beratende Ausschuss für Fischerei und Aquakultur), die sich tatsächlich auf die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen bei ihrem täglichen Fischereibetrieb konzentrieren können. Damit wird weder die Zuständigkeit geändert noch wird die gemeinsame Fischereipolitik auf eine regionale Zone bzw. auf die Ebene der Mitgliedstaaten übertragen. Es wird lediglich ein Forum geschaffen, damit die Menschen reden können. Jeder von der Fischerei Betroffene, sei es aus einem nördlichen oder aus einem südlichen Mitgliedstaat, hätte einen Sitz am Tisch, ohne irgendeine Exklusivität für Küstenstaaten. Für uns ist dabei wesentlich, dass er auch sonstige Umweltbelange mit einbeziehen würde, da wir einen ausgewogeneren Ansatz brauchen.

- 2. Die Vorschläge bieten potenziell etwas mehr Unterstützung - vielleicht nicht weit genug gehend - für die küstennahe Fischereiwirtschaft, weil die meisten Menschen die Besonderheit und die Bedeutung des küstennahen Sektors für die soziale Ebene und für lokale Wirtschaftssysteme etc. anerkennen. Sicherlich, die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten den küstennahen Bereich nun integrierter betrachten und versuchen können, den Sektor mit vielleicht weniger EU-Interventionen zu bewirtschaften, kann begrüßt werden oder auch nicht. Es handelt sich um ein schwieriges Thema, aber trotzdem wäre es gut, für eine bessere Bewirtschaftung der küstennahen Gebiete tatsächlich mehr Beihilfen in die Küstenregionen zu lenken.

Ein weiterer Punkt ist die Querschnittsaufgabe, bei der versucht wird, mit der Inkohärenz der GFP umzugehen. Es gab den gut beabsichtigten Wunsch, die Ressourcen zu bewirtschaften, um die Arbeitsplätze zu maximieren und die besten ökonomischen Bedingungen zu schaffen, jedoch ohne die Einbeziehung dieser drei Säulen. Über die Bewirtschaftungspläne muss ein größerer Zusammenhang zwischen Beihilfen, Flotten und

Kommission stellen eine dauerhafte Zukunft Aussicht” Catherine Stihler



Erhaltungsmaßnahmen hergestellt werden.

Warum sollte es keine Modernisierungsmittel geben? Nur so lange dadurch weder der Aufwand erhöht noch der Ressourcenbestand gefährdet wird.

Einige Problemaspekte des Reformpakets.

Einige der Probleme mit und die Aussprache nach den Vorschlägen der Kommission haben ihre Ursache in der Befürchtung, dass die Welt sich unverzüglich ändern wird. Das ist einfach nicht der Fall. Würden die Vorschläge rechtzeitig zum 1. Januar angenommen, was zunehmend unwahrscheinlicher wird, dann würde keine Änderung eintreten.

Die Reformvorschläge bilden in der Tat die Grundlage und bauen mit geringen Änderungen wirklich auf der bestehenden Verordnung auf. Sie bietet die Grundlagen für eine stärker integrierte Bewirtschaftung in der Zukunft. Der Punkt ist, dass die Entscheidungen über die Bewirtschaftungspläne, der Umfang des dadurch tatsächlich verursachten Arbeitsplatzverlustes bzw. der Abwrackungen, auf der ganzen Linie getroffen werden. Sie gehen in den Rat, kommen ins Parlament – damit erörtert und beschlossen wird, welches das angemessene Paket für den betreffenden spezifischen Bestand sein wird.

In der Tat werden wir bis zum 1. Januar 2003 keine Flottenpolitik haben, abgesehen von dem Erhalt des Fischereiaufwands und der Fischereiflotte auf den Niveaus, die unter den vierten mehrjährigen Ausrichtungsprogrammen festgelegt wurden. In einigen Fällen ist dies angesichts der Überkapazität einfach nicht angemessen. Aber die meisten Menschen werden es akzeptieren, dass wir uns bei einigen Beständen kurzfristig tatsächlich mit Überkapazitäten beschäftigen und nicht möglicherweise drei Jahre lang warten müssen, bis die Langzeitbewirtschaftungspläne verabschiedet sind.

Das neue, von der Kommission vorgeschlagene Hilfspaket ist unzureichend, und es werden mehr Finanzmittel erforderlich sein, damit die gesamte Kapazitätsveränderung unterstützt wird.

Die Kommission hat Sondermittel in Höhe von 32 Millionen Euro vorgeschlagen. Mehr Geld wäre hilfreich, damit nicht nur die Kapazität zur Verfügung steht, sondern auch die Umstellung dort unterstützt wird, wo es auf Grund von Ressourcenmangel erforderlich ist.

Selbstverständlich ist eine alternative Finanzierung über den Europäischen Sozialfonds verfügbar, und vielleicht müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, damit die Küstengemeinschaften für die Finanzierungs- und Umschulungsmöglichkeiten stärker sensibilisiert werden, aber dies ist ein gesondertes Thema.

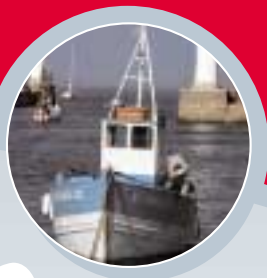
Zurzeit beschäftigen wir uns mit einem Reformpaket, ohne sehr bedeutende Aspekte dieses Pakets gesehen zu haben, d.h. wir diskutieren in gewisser Weise ins Blaue hinein – jedoch sind die Gesetzesvorschläge bereits auf dem Tisch, und wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die noch folgenden Dokumente politische Erklärungen der Kommission sein und den grundsätzlichen gesetzgebenden Rahmen nicht ändern werden.

Trotzdem sollten sie einige wichtige Signale setzen, wir haben die wissenschaftliche Beratung erwähnt. Eines der Dokumente wird den Sektor prüfen und stärker einbeziehen, die Erfahrungen, Fachkenntnisse und das Wissen des Sektors nutzen, damit die Entwicklung der wissenschaftlichen Beratung, etc. unterstützt wird.



“Eine Reform der Gemeinsamen zukünftige Fischerei und für das langfristige

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



► Eine Perspektive für Galizien

Es ist absolut notwendig, dass die Europäischen Sozialdemokraten zusammen arbeiten, um zu einer möglichst einheitlichen Position bezüglich der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zu gelangen.

Der Fall Galizien:

Galizien ist eine „Ziel-1“-Region mit sämtlichen Formen der Fischereitätigkeit und verschiedenen Flotten. Hochseefischerei, traditionelle Fischerei, im Allgemeinen kleine Schiffe. Bekanntlich kommen auf jeden Arbeitsplatz in den Fischereizonen am Meer vier bis fünf Arbeitsplätze an Land. In Galizien bedeutet dies mehr als 30 000 Arbeiter, die gesamte Industrietätigkeit, die fischverarbeitende Industrie, die Gefrierfisch-Unternehmen, die die Fischereiflotte beliefern etc.

Mehr als 120.000 Menschen haben einen Arbeitsplatz, der direkt oder indirekt mit der Fischerei in Zusammenhang stehen.

Allerorts hört man von der galizischen Industrieflotte, aber in Galizien gibt es 8.615 Schiffe, und bei mehr als 7.000 handelt es sich um traditionelle Fischerboote. Diese verteilen sich auf etwa 123 Häfen, in denen sowohl Handel als auch Fischerei betrieben wird, und auf andere sehr kleine Häfen entlang der gesamten galizischen Küste, die durch drei Provinzen geht: Lugal, Pontevedra und La Coruña.

Die Wirtschaftstätigkeit in diesen kleinen Häfen ist für die wirtschaftliche Existenz der dort ansässigen Familien sehr wichtig; mehr als 40 % der dortigen Bevölkerung lebt von der traditionellen Fischerei. In Galizien ist die Fischerei allerdings mehr als nur eine Tätigkeit

zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz: Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern ist ein Teil der Kultur und Tradition seiner Bevölkerung.

Die kleinen Flotten haben ein umfangreiches Betätigungsfeld und sind in zahlreichen entwickelten Sektoren tätig, wie zum Beispiel dem der Miesmuscheln. Andere Tätigkeiten werden am Strand und vornehmlich von Frauen ausgeübt, und zwar von 6.400 Frauen in Galizien: Sie sammeln lebendige Mollusken am Strand und verkaufen diese dann. Das ist absolut traditionell und schadet niemandem.

Die Methoden, mit denen diese Mollusken gesammelt werden, sind nicht umweltschädlich; in den nächsten Jahren steht jedoch die Einführung von Technologie zur Steigerung der Produktion und der Einnahmen der Fischer bevor. Die Organisationsstruktur dieser Geschäftstätigkeit ist immer noch sehr instabil, und die Produktivität liegt ebenfalls auf sehr niedrigem Niveau. Die Regierung der Autonomen Region Galizien hat die Entwicklung dieses Gebietes nur sehr wenig gefördert: Das durchschnittliche Einkommen dieser galizischen Frauen ist nicht einmal halb so hoch wie das Durchschnittseinkommen der Berufsgruppe in den übrigen Teilen des Landes.

In Bezug auf die mangelnde Organisation in der Struktur, die in vielen Fällen einer richtigen Entwicklung im Wege steht, haben die oben

Fischereipolitik ist Voraussetzung für eine nachhaltige Überleben der europäischen Fischer” Heinz Kindermann



erwähnten 7.000 Schiffe mit diesen Frauen etwas gemeinsam. Die wichtigsten Flotten, die von wirtschaftlicher Bedeutung sind, waren über wirtschaftliche und soziale Organisationen klassisch organisiert. Die traditionelle Flotte hat, vielleicht wegen des niedrigen finanziellen Einkommens sowie aufgrund der Schwäche des Sektors mit den 123 Häfen in Galizien, einige Organisationen hervorgerufen, die es bereits zu Francos Zeiten gab.

Heute werden diese Organisationen von staatlichen Behörden organisiert und kontrolliert, und sie haben versucht, den Sektor weiter zu entwickeln, denn alle privaten Interventionen standen plötzlich vor einer Mauer, weil die Verwaltung versuchte, die Sparte über die sektoriellen Organisationen zu organisieren.

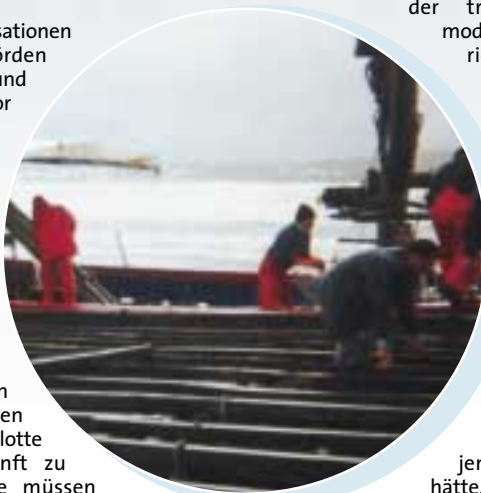
In Galizien versuchen die Sozialdemokraten, eine umstrukturierte Organisation vorzuschlagen und bemühen sich, für die traditionelle Flotte irgendeine Art von Zukunft zu sehen. Diese Arbeitsplätze müssen wertgeschätzt werden; die traditionellen Fischer respektieren ihre Umwelt.

Die Sozialdemokraten möchten den Fischern beibringen, ihre Erzeugnisse gut zu verkaufen, und dem Beruf einen höheren Stellenwert verschaffen. Fischer will heutzutage kaum noch jemand werden.

Das muss sich ändern, junge Menschen müssen für diesen Beruf gewonnen werden, und sie müssen besser ausgebildet werden, damit Fischereiprodukte sich besser verkaufen. Für den Handel und für die Fischer ist es wichtig, dass diese ihre Produkte auf ihrem Weg zum Verbraucher kontrollieren, bis sie dort ankommen.

Zudem müssen die Schiffe der traditionellen Flotte modernisiert und restauriert werden, und an dieser Stelle muss erwähnt werden, dass vielerorts der größte Teil der traditionellen Flotte keinen Zugang zu den entsprechenden Mitteln hat.

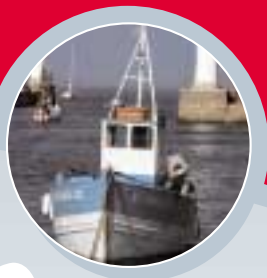
In Galizien zum Beispiel erreichen die Modernisierungszuschüsse die Flotte häufig gar nicht erst, nicht weil jemand sie gestoppt hätte, sondern einfach aufgrund der schwachen Organisationsstruktur im Sektor und der instabilen Wirtschaftslage. Die größten Schiffe haben Zugang zu den Mitteln, weil sie Leute bezahlen können, die die Unterlagen zur Beantragung dieser Gelder vorbereiten; der traditionellen Fischer jedoch kann es sich nicht leisten, jemanden dafür zu bezahlen, dass er alle





*“Die GFP muss ein Gleichgewicht zwischen der
keit der Unternehmen und dem Erhalt des wirtsch*

19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



► Eine Perspektive für Galizien

Unterlagen durcharbeitet, um all diese Zuschüsse beantragen zu können. Kurz: Sie erhalten diese Gelder nicht.

Um ein 8-Meter-Boot zu modernisieren, sind außerdem die gleichen Unterlagen erforderlich wie für die Modernisierung eines großen Kühlschiffs. Es ist ein spezielles Gemeinschaftsprogramm erforderlich, um die traditionelle Fischerei zu unterstützen.

Hilfe für die Modernisierung der traditionellen Flotte ist lebenswichtig. Dazu gehören auch die Schiffe der Küstenfischerei von weniger als 24 Metern Länge. Weil sie die älteste ist, ist für diese Flotte ein spezielles Programm erforderlich. Hier geschehen die meisten Unfälle und tödlichen Unglücke. In diesem Sektor ist Modernisierung und Restaurierung am dringendsten nötig.

Ein Beispiel: In Galizien zählt das Sammeln von Krebsen an Stellen, an denen die Wellen sehr stark brechen, zu den sehr riskanten Tätigkeiten. Hier benutzen die betreffenden Fischer die Schiffe nicht als Hauptarbeitsplatz, sondern um hin- und herfahren zu können, da das Fischen selbst auf den Felsen erfolgt. Um manövrierfähig zu bleiben und sich der Gefahr, in die sie sich selbst begeben, entziehen zu können, werden sie von jemandem, der sich über ihnen befindet, über Leinen gesichert. Um rechtzeitig herauszukommen, benötigen sie Schiffe, die zwar nicht groß sein, aber einen starken Motor haben müssen, damit sie sich schnell entfernen können und nicht gegen die Felsen gedrückt werden. Hier geht es um Sicherheit und Vorbeugung.

In diesen Fällen steigert ein starker Motor zwar nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, hilft

aber durch mehr Sicherheit, Leben zu retten. Diese Fischer stoßen jedoch auf den Widerstand der Verwaltung der Autonomen Regionen bei der Europäischen Union, die sie daran hindert, die Motorleistung auf das von ihnen wirklich benötigte Niveau zu erhöhen.

Die Sozialdemokraten unterstreichen die Erfordernis, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, diesem Sektor mehr Wertschätzung zu verleihen und die Schiffe zu modernisieren.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Schwierigkeiten im Bereich soziale Absicherung. Die meisten dieser Menschen sind selbstständig. Sie unterliegen einer für ihre Tätigkeit als eigenständige Unternehmer typischen Sozialversicherung. Ein Miasstand ist, dass viele von ihnen erst mit 65 in den Ruhestand gehen können. Eine Erhöhung ihrer Rentenbeiträge, mit der sie sich eine bessere Rente sichern könnten, ist ihnen jedoch nicht möglich.

Für die Frauen, die Meeresfrüchte sammeln und ein sehr niedriges Einkommen haben, ist es zu schwierig, die Sozialversicherungsbeiträge aufzubringen, da ihre Arbeit nicht genügend Geld abwirft. Die Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass die Sozialversicherung an ihre tatsächliche Situation angepasst wird, dass sie Zugang zur beitragspflichtigen Rente haben und zu den gleichen Bedingungen in den Ruhestand gehen können wie alle anderen auch.

Die PESCO-Initiative in Galizien (1994-1999) und die strukturellen Gelder, die für ein Segment des Sektors bestimmt waren, waren sehr hilfreich, weil sie die Bürokratie umgingen, mit der man in diesem Sektor in vielen Fällen zu kämpfen hat.

nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen, der Überlebensfähigkeitlich-sozialen Gefüges der Fischereiregionen finden.“” Rosa Miguélez



Dadurch konnten außerdem viele Projekte, wie etwa Schulungsprogramme, entwickelt und Qualitätsprodukte erzeugt werden.

Mit dieser Initiative wurde in Galizien eine Stiftung gegründet (AGAMAR), die das Herkunftszeichen erhalten wird. Dies war für die Gewerbetreibenden im Sektor eine sehr hilfreiche Maßnahme, weil dadurch das Eingreifen der Verwaltung vermieden wird, welches dem Sektor bei vielen Gelegenheiten Fesseln angelegt und ihn daran gehindert hat, seine volle Leistungsfähigkeit zu entwickeln.

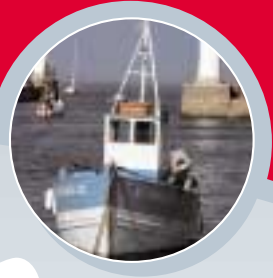
Noch eine abschließende Anmerkung zu der Katastrophe, die vor der Küste von Galizien von dem gesunkenen Öltanker Prestige verursacht wurde: bei Redaktions Schluss dieser Broschüre war das ganze Ausmaß der Umwelt- und sozio-ökonomischen Schäden noch nicht überschaubar ist, aber klar ist, daß sie verheerende Auswirkungen auf die Fischereiwirtschaft der Region haben wird. Das erfordert dringend eine striktere europäische Politik für Meeressicherheit, bei der Partikularinteressen keinen Platz haben dürfen.

Die Sozialdemokraten reklamieren Hilfe aus europäischen Mitteln und fordern Unterschätzung, aus dem kürzlich eingerichteten Solidaritäts-Fonds für die Opfer von Naturkatastrophen. Und zwar baldmöglichst!





19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL



► Schlussfolgerungen

Es gab viele Beschwerden im Zusammenhang mit dem Kommissionsvorschlag zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Wir, die SPE-Fraktion, würden gern einen Beschluss über das erste Paket fassen, betonen aber, dass wir einige der Vorschläge im zweiten Paket kennen müssen.

Wir verteidigen einen sozialdemokratischen, aber vor allem einen europäischen Standpunkt.

Es gibt natürlich einige positive Aspekte, insbesondere die Frage der Kontrolle und Überwachung. Aber es gibt auch viele andere Elemente. Zum Beispiel:

- die Notwendigkeit von mehr finanziellen Maßnahmen;
- die Notwendigkeit eines Fortschritts der Reform und des gesamten Prozesses;
- die Notwendigkeit, einer schrittweiseren Umsetzung von mehr Konsens;
- die Notwendigkeit einer Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen einiger Maßnahmen, die die Kommission in den Vordergrund gerückt hat;
- den Mangel an Unterstützung für Programme, insbesondere für kleine Küstenfischer;
- die Verzögerungen der Kommission, um diese Maßnahmen dem Parlament vorzuschlagen.

Es gab bislang unzureichende wissenschaftliche Erkenntnisse, was dazu geführt hat, dass viele Beschlüsse politisch begründet wurden.

Es gab in diesem Sektor einen Mangel an Dialog, der wie eine Krankheit und ein

Krebsgeschwür ist, das Jahr für Jahr an den Kräften zehrt und die europäische Schwäche in die internationalen Organisationen trägt.

Das Gute und das Schlechte wird geteilt, und wir müssen uns als Sozialdemokraten dieses gemeinsamen Standpunktes bewusst werden, der uns erlauben wird, zusammenzustehen und unseren Standpunkt im Plenum, wo die Beschlüsse gefasst werden, zum Ausdruck zu bringen. Das Wichtigste für uns ist, dass wir den europäischen Teil der Politik nicht aus den Augen verlieren, dass nämlich die Fischerei weiterhin eine Gemeinsame Politik bleibt.

Wenn die Kommission über die Fischer und den Umweltschutz spricht, haben wir Sozialdemokraten das Gefühl, dass ihre Vorschläge einen Grundirrtum oder eine falsche Orientierung beinhalten, indem sie nicht anerkennen, dass die Fischer selbst die Hauptakteure bei der Bewahrung der Umweltqualität sein müssen.

Wie die Sozialdemokraten schon häufig gesagt haben: **die Fischer sollten die Wächter der Meere sein.**

Die Forderung nach einer Neubewertung des Berufs- und der gesamten Arbeitsbedingungen und sozialen Bedingungen der Fischer ist absolut notwendig.

erneut voller Fische erleben. Und Fischer.” Claudio Fava



Wir müssen die Fischer in der Europäischen Union halten. Es wäre weder für die EU insgesamt noch für ihre Kultur noch für die individuellen Werte der Menschen gut, wenn die Fischer verschwinden würden.

Die Fischer haben das Gefühl, dass man ihnen überhaupt noch nicht zugehört hat. Die

Zusammenführung der Fischer und des wissenschaftlichen Standpunkts ist in diesem Prozess wesentlich. Wir sollten vermeiden, die Fischer an den Rand zu drängen, indem wir bloß mitansetzen, wie Wissenschaftler den Zustand der Ressourcen diktieren und Politiker Beschlüsse aufgrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse fassen, ohne erstere auch nur zu fragen.

Wissenschaftsdaten sind natürlich dann umstritten, wenn sich beispielsweise Folgendes ereignet:

- Dieses Jahr gab es im Golf von Biskaya Meerbusen keinen Thunfisch, und der Fischfang war ein vollständiger Misserfolg. Und dann kam plötzlich der gesamte Thunfisch auf einmal, und die Fischer fingen so viel davon, dass die Fangquote derjenigen des gesamten Vorjahres entsprach.
- Der Golf von Biskaya ist eine Küstenregion, wo die Fischerei nur einige Tage im Jahr stattfindet. Die Fischbestände ziehen weg, es gibt keine Fischschwärme mehr, sie sind anderswo hingezogen.

Die Tendenz ist verbreitet zu denken, dass die Fischer allein für die Probleme verantwortlich sind, die die Meeresumwelt erlebt. Manche haben einige wenige Bestände, aber nicht alle Fischbestände geschädigt.

Die Meeresumwelt leidet überall unter den Auswirkungen von Pestiziden, Düngemitteln und Schiffwracks, Kohlenwasserstoffen, industriellen und anderen menschlichen Tätigkeiten, wie zum Beispiel dem Tourismus.

All dies hat die Meeresumwelt in hohem Maße





19. SEPTEMBER 2002 IN BRÜSSEL

► Schlussfolgerungen

geschädigt. Es ist wahr, dass die Regionalisierung sehr viele positive Aspekte hat, und die SPE-Fraktion stimmt ja auch zu, dass Konsultationen auf der regionalen Ebene notwendig sind, aber wir betonen auch, dass man die europäische Dimension nicht aus dem Auge verlieren darf.

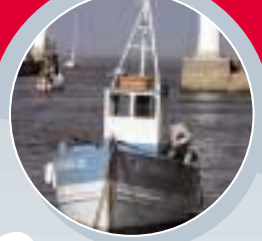
Wir haben die Möglichkeit einer Gesamtverwaltung der Küstenzonen in Europa untersucht und bewertet. Es wäre vielleicht besser, darüber nachzudenken, wie diese wichtigen Maßnahmen, die voneinander abhängen und für die Küste derart bedeutsam sind, auf der europäischen Ebene wie auch auf der Ebene der Mitgliedsstaaten gehandhabt werden könnten.

Die SPE-Fraktion verteidigt die Notwendigkeit von mehr Harmonisierung auf der europäischen Ebene, wobei nicht alle Beschlüsse auf dieser Ebene, aber zumindest einige Beschlüsse auf der Gemeinschaftsebene gefasst werden müssen. Wenn man beispielsweise über Kontrollmaßnahmen spricht, so muss die EU – und nicht nur die Mitgliedsstaaten – in der Lage sein, die Kontrollen durchzuführen.

Die EU muss in der Lage sein, die Märkte, die bislang nicht kontrolliert wurden, angemessen zu kontrollieren, und dies hat sehr negative Auswirkungen auf unsere Flotten.

Ein Beispiel:

- Die Schwertfischbestände sind zur Zeit ein Problem. Die EU hat eine große Flotte, die Schwertfische in sehr entfernten Gewässern fischt. Diese Flotte fischt, indem sie alle Vorschriften erfüllt, nicht nur die der EU, sondern auch nationale Vorschriften und diejenigen der regionalen Fischereiorganisationen.
- Es gibt viele Boote von Drittländern, die ebenso fischen, aber ohne irgendeine Kontrolle. Darüber hinaus können sie mit ihren Erzeugnissen auf unsere Märkte kommen und diese zu einem viel niedrigeren Preis verkaufen, als das unsere Fischer tun können. Es muss hier irgendeine Art von





Anpassung geben. Es könnte sein, dass alle Investitionen in diese Flotte, die eine für die EU wichtige Flotte ist, verloren sind– in diese Lage konnten wir nur aufgrund des Mangels an Investitionen und strengen Kontrollen geraten.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es zwei Fischereimodelle gibt, die industrielle und die herkömmliche Fischerei. Die eine agiert besser über internationalen Foren und hat vielleicht mehr Einfluss auf die Beschlussfassung, nicht nur hier, sondern in den Mitgliedstaaten und in den regionalen Beratungsausschüssen. Die andere ist nur sehr schwach vertreten.

Die Fischer wissen etwas über Fisch, und wir haben ihnen eine politische Diskussion aufgezwungen, die nicht einleuchtet, da die Fischer nichts über den politischen Diskurs wissen müssen. Allerdings waren es die Politiker, die für die Fischer ihre Reden gehalten haben und die in der Lage sein müssen, die politische Auseinandersetzung und Debatten, die eine Großzahl von Fischern in Europa betrifft, in eine neue Richtung zu lenken.

Die SPE-Fraktion glaubt, dass den Fischern mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muss. Als Sozialdemokraten sind wir in der Lage, eine andere als die von der Rechten angebotene Zukunft zu gewährleisten.

Wir müssen in der Lage sein, der europäischen Fischerei diese von ihr gewünschte Zukunft anzubieten, um ein besseres Leben und bessere Arbeitsbedingungen mit mehr Unterstützung zu schaffen.

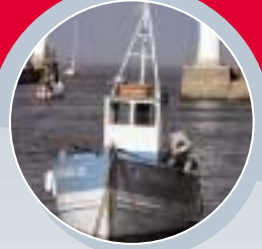
Wir müssen durch die sozialdemokratischen Grundsätze, die wir alle verteidigen, einen Konsens finden, der sich weiterhin auf Solidarität sowie die Suche nach einer gerechten Gesellschaft mit einer vollständigen Achtung der Umwelt stützt, dürfen dabei aber nie vergessen, dass die Menschen die Hauptsache sind.

Lasst uns ihnen eine Zukunft anbieten, in der wir weiterhin fischen und uns der Vorzüge erfreuen können, welche der Genuss von Fisch mit sich bringt.





NOTIZEN



A series of horizontal dotted lines for writing notes, spanning the width of the page.

GRUPE PARLEMENTAIRE
DU PARTI
SOCIALISTE EUROPÉEN

PARLIAMENTARY GROUP
OF THE PARTY OF
EUROPEAN SOCIALISTS

FRAKTION DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI EUROPAS

GRUPO PARLAMENTARIO
DEL PARTIDO
SOCIALISTA EUROPEO



EUROPÄISCHES PARLAMENT

RUE WIERTZ - B-1047 BRUXELLES
TEL.:+32 2 284 21 11
TEL. STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01
INTERNET: <http://www.socialistgroup.org>